



AUSGABE 06/2023 – 21. JULI

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



GÜNTER RUDOLPH
Fraktionsvorsitzender

hinter uns liegt die letzte Plenarwoche des Hessischen Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause. Die Tagesordnung war umfangreich, die Themen vielfältig – und über allem lag unverkennbar mehr als nur ein Hauch von Wahlkampf.

Dass die Bürgerinnen und Bürger Hessens am 8. Oktober einen neuen Landtag wählen und dass die Zeit bis dahin überschaubar ist, war den Plenardebatten anzumerken, die vor allem von Seiten der noch amtierenden Regierungskoalition teilweise in einem schrillen Ton geführt wurden.

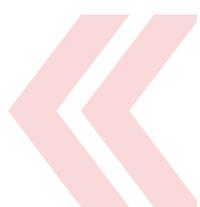
Vor allem die CDU-Fraktion ließ es sich nicht nehmen, den Plenarsaal zur Wahlkampf Bühne umzubauen: Mit einer Aktuellen Stunde, die praktisch keinen Bezug zur Landespolitik hatte, wollte die Union unsere Spitzenkandidatin Nancy Faeser in ihrem Amt als Bundesinnenministerin angreifen – und scheiterte krachend an den inhaltlichen, strategischen und rhetorischen Defiziten ihres Redners. Immerhin hat die CDU mit diesem Auftritt bewiesen, dass sie die hessische SPD und deren Spitzenkandidatin fürchtet.

Nicht allein dem Wahlkampf,

sondern einem grundsätzlichen Mangel an Einsicht bei den Regierungsfractionen von CDU und Grünen geschuldet ist die Tatsache, dass es nicht möglich war, im Hessischen Landtag einen gemeinsamen Abschlussbericht aller demokratischen Fraktionen zu dem Untersuchungsausschuss zu verabschieden, der die Umstände der Ermordung von Dr. Walter Lübcke aufklären sollte. Denn insbesondere der CDU ging es erkennbar nicht um die Aufklärung von organisatorischen, technischen und personellen Mängeln bei den hessischen Sicherheitsbehörden, sondern vor allem darum, die früheren und den noch amtierenden Innenminister von der CDU von jeder politischen Verantwortung freizusprechen.

Das Wichtigste zur Plenardebatte über den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses und zu den anderen Themen der zurückliegenden Plenarwoche finden Sie auf den nachfolgenden Seiten. Ich wünsche Ihnen einen entspannten Sommer und einen erholsamen Urlaub.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Günter Rudolph



DIE FRAGE NACH DER POLITISCHEN VERANTWORTUNG BLEIBT

UNA 20/1



Der Landtag hat über den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zur Ermordung von Dr. Walter Lübcke debattiert. „Mit der Ermordung Dr. Walter Lübckes fiel zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik ein aktiver Politiker einer rechtsextrem motivierten Mordtat zum Opfer“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Günther Rudolph. Der Untersuchungsausschuss habe herausgearbeitet,

dass Fehleinschätzungen und diverse Mängel insbesondere im hessischen Landesamt für Verfassungsschutz dazu geführt haben, dass die Behörden den späteren Mörder Lübckes aus den Augen verloren haben. „Der Ausschuss hat offengelegt, dass das LfV unter der Verantwortung verschiedener CDU-Innenminister personell, technisch und organisatorisch schlecht aufgestellt und deshalb nur eingeschränkt funktionsfähig war“, so Rudolph. Die Sicherheitsbehörden hätten nicht nur die Gefährlichkeit von Stephan Ernst unterschätzt, sie konnten auch die Bedrohung für Leib und Leben von Dr. Walter Lübcke nicht erkennen. „Dem Angedenken an Dr. Walter Lübcke wäre es gerecht geworden, wenn ein überparteilicher Konsens der

demokratischen Fraktionen darüber zustande gekommen wäre, was der Untersuchungsausschuss herausgearbeitet hat. Doch CDU und Grüne hatten offensichtlich nicht vor, sich ernsthaft mit dem Abschlussbericht des offiziellen Berichterstatters auseinanderzusetzen, der Mitglied der SPD-Fraktion ist“, erklärte Rudolph. Stattdessen hätten sie einen Gegenentwurf präsentiert, an dem sie erkennbar schon länger gearbeitet hätten: „Wenn man dieses ‚Gegenangebot‘ liest, wird deutlich, dass es ihnen vor allem darum ging, die früheren Innenminister Bouffier und Rhein sowie den aktuellen Amtsinhaber Beuth von ihrer politischen Verantwortung freizusprechen.“ Was bleibe, sei die Erkenntnis, dass wir alle die Demokratie jeden Tag leben und verteidigen müssten.

GRÜNE BLEIBEN BEIM ANKÜNDIGEN

In Zweiter Lesung hat sich der Hessische Landtag mit dem SPD-Gesetzentwurf zur „gemeinsamen Bewältigung der Herausforderungen der Veränderungen für Wirtschaft und Arbeit“ befasst. Das sogenannte „Transformationsfondsgesetz“ sieht die Einrichtung eines Fonds vor, der in den kommenden zehn Jahren Finanzmittel in Höhe von zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellen soll, um die Veränderungsprozesse für Wertschöpfung und gute Arbeit in Hessen gezielt und proaktiv zu unterstützen. Durch die Bereitstellung von 200 Millionen Euro pro Jahr soll sichergestellt werden, dass die für die hessische Wirtschafts- und Arbeitswelt anstehenden Heraus-

forderungen bewältigt werden können. „Natürlich freuen wir uns, dass mittlerweile auch die Grünen und Wirtschaftsminister Al-Wazir eingesehen haben, dass es eines Transformationsfonds bedarf. Unser Gesetzentwurf bleibt jedoch der einzige konkrete Vorschlag, der echtes neues Geld mobilisieren will, um die Transformationsherausforderungen in Hessen anzugehen – die Ankündigungen der Grünen fallen hierhinter zurück“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Tobias Eckert. Zudem komme es auf die praktische Ausgestaltung eines solchen Transformationsfonds an. „Ein wirkungsvoller Transformati-



onsfonds ist dadurch geprägt, dass gute Arbeitsbedingungen und eine starke Wirtschaft Hand in Hand gehen und zusammen gedacht werden. Aus diesem Grund wollen wir insbesondere solche Unternehmen unterstützen, für die Themen wie Tarifbindung, Standortgarantien, Mitbestimmung oder Qualifizierung keine Fremdworte sind“, so Eckert.

KOMMUNEN BRAUCHEN FINANZIELLEN SPIELRAUM

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



„Die Landesregierung aus CDU und Grünen muss gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Förderprogramme allein reichen nicht aus“, machte Karina Fissmann, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende in der Aktuellen Stunde der SPD zu den Lebensverhältnissen im ländlichen Raum deutlich. Laut Interview von Ministerpräsident Boris Rhein in der HNA habe die Landespolitik Nordhessen im Blick und kümmere sich um gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land. „Gleichwertige Lebensbedingungen auf dem Land und in der Stadt gibt es definitiv nicht“, so Fissmann. Anstatt eine wirksame Gesamtstrategie für den ländlichen Raum zu erarbeiten, rühme sich die Landesregierung mit Fördermitteln, die wie ein Tropfen auf dem heißen Stein seien. Seit 25 Jahren raube die Landesregierung den hessischen Dörfern und kleinen Städten die Substanz. „Wenn die Landesregierung aus CDU und Grünen es wirklich ernst meint und sich um gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land kümmert, gibt sie unseren Kommunen den finanziellen Spielraum, den sie brauchen, um ihre Aufgaben selbst zu erfüllen“, sagte Fissmann.

UMGANG MIT DEM WOLF

Der Hessische Landtag hat über den Umgang mit Wölfen debattiert. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Gernot Grumbach, hat eine Versachlichung der Debatte gefordert und auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung und die finanziellen Verpflichtungen hingewiesen. „Die Wolfsdebatte ist weniger von Rationalität geprägt und beruht zum Großteil auf fiktionalen Ängsten. Es stimmt, dass wir den Umgang mit Großraubtieren neu lernen müssen. Der Wolf ist auf der einen Seite durch europäisches Recht geschützt, kann jedoch im Rahmen der Gefahrenabwehr auch bei mehrfachen Rissen von Weidetieren und dauerhaftem Aufenthalt in Siedlungsnähe entnommen werden. Wir dürfen die Tierhalterinnen und Tierhalter nicht alleine lassen und müssen den Herdenschutz und die Schäden durch Risse vollständig finanzieren“, sagte Grumbach.



GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT

Der Hessische Landtag hat über den neuen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt 2.0 (APAV) debattiert. „Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir uns als Gesellschaft für die Rechte und die Sicherheit aller Men-



schen einsetzen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Der Schutz queerer Menschen sollte für uns alle eine Selbstverständlichkeit sein“, sagte der queerpolitische Sprecher Florian Schneider. Unter anderem vermisse der APAV die Thematisierung eines hessischen Landesantidiskriminierungsgesetzes. „Indem wir eine Umgebung schaffen, in der alle Menschen gleiche Rechte und Chancen haben, fördern wir Innovation, Kreativität und soziale Entwicklung. Das muss der Anspruch einer Landesregierung sein“, so Schneider.

CDU OFFENBART ANGST VOR NANCY FAESER

„Das ist die dritte Aktuelle Stunde zu Nancy Faeser. Und wenn die CDU dreimal die Bundesinnenministerin und hessische SPD-Spitzenkandidatin Nancy Faeser verbal in den Landtag bringen muss, dann scheint die Not groß zu sein. Die Not oder besser gesagt die Angst – vor einer starken Gegnerin und einer starken SPD“, sagte Günther Rudolph in einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde. Nancy Faeser habe viel erreicht, darunter eine Reform des Europäischen Asylverfahrens und die Ruhegehaltspflicht der Polizeizulage – an beidem sei die CDU jahrelang verzweifelt und gescheitert. „Versprochen und gehalten auf Bundesebene – das ist Nancy Faeser, eine glaubwürdige Politikerin und eine starke Spitzenkandidatin“, schloss Rudolph.



AUFBRUCH STATT STILLSTAND

HESSEN 2030



Wichtigste auf dem Weg, der vor uns liegt, ist die soziale und ökologische Modernisierung unseres wirtschaftlichen Handelns. Unsere Forderungen und Vorschläge beruhen auf einem breiten Konsens, der das Ergebnis eines umfassend angelegten Austauschs mit Verbänden, Gewerkschaften

Der Hessische Landtag hat auf Antrag der SPD-Fraktion darüber debattiert, wie die Weichen für ein modernes und zukunftssicheres Hessen gestellt werden können. „Nur klare Maßnahmen geben die Orientierung, die unsere Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg in eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes brauchen – und die sie zu Recht von der Politik erwarten. Das genau ist der Unterschied zwischen uns und der noch amtierenden Landesregierung: Wir bieten klare Konzepte für die Zukunft. Das

und auch Unternehmen ist, den wir über Monate hinweg geführt haben. Und es muss Vieles richtig an dem sein, was wir vorschlagen – sonst würden die Regierungsparteien so kurz vor der Wahl nicht so schamlos von uns abschreiben, vom kostenfreien Meisterbrief über den Transformationsfonds, den Kita-Ausbau und die Besoldung nach A13 für Grundschullehrkräfte bis zum Klimaschutzgesetz und der Ergänzung für das Deutschlandticket um ein Sozialticket“, sagte Günther Rudolph.

AL-WAZIR BEKOMMT NEGATIVPREIS



Der Fahrgastverband „Pro Bahn“ hat Verkehrsminister Tarek Al-Wazir den „Hessischen Hemmschuh“ verliehen. Mit diesem Negativpreis bedenkt der Verband das „besonders negative Wirken im Amt gegen die Zukunftsfähigkeit der Mobilität“. „Mit seinem folgenlosen Ankündigen hat sich Al-Wazir diesen Preis redlich verdient. Wir verleihen ihm zusätzlich den von uns erfundenen ‚Goldenen Zeigefinger‘, mit dem er so gerne auf andere verweist, die angeblich für alles verantwortlich sind. Denn das hat er gleich wieder getan, indem er die Verantwortung für die Misere des ÖPNV an die Verkehrsverbände weitergereicht hat“, sagte Verkehrspolitiker Tobias Eckert am Rande der Plenardebatte.

FLICKSCHUSTEREI MUSS EIN ENDE HABEN

HESSISCHE JUSTIZ



„Geht es der hessischen Justiz wirklich besser?“, stellte Gerald Kummer, der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, nach der Regierungserklärung des Justizministers

die Kernfrage. Tatsächlich herrsche unter dem zuständigen CDU-Minister Roman Poseck noch immer Flickschusterei in der Organisation der hessischen Justiz. Hohe Investitionen und umfassende Reformen seien erforderlich, um die Missstände zu beheben. Kummer warf der Landesregierung vor, die Justiz jahrelang „auf Kante genäht“ zu haben, wobei das System nun zu zerreißen drohe. Es reiche nicht aus, die entstandenen Schäden kurzfristig zu kaschieren: „Wir

brauchen umfassende Reformen und nachhaltige Investitionen, um die hessische Justiz wieder zu stärken.“ Erforderlich sei ein stärkeres Engagement im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – einschließlich einer angemessenen Vergütung, besserer Aufstiegschancen und mehr Wertschätzung für ihre Arbeit. „Eine starke Justiz ist das Rückgrat eines funktionierenden Rechtsstaates und eines gesunden demokratischen Systems. Es ist unsere Pflicht, unseren Bürgerinnen und Bürgern eine effiziente und effektive Justiz zu bieten“, sagte Kummer.

BESTEHENDES SYSTEM VERBESSERN

Zum Gesetzentwurf der Linken zur Hilfe und Unterbringung von Menschen mit Hilfebedarf infolge psychischer Erkrankungen sagte die gesundheitspolitische Sprecherin und Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer: „Immer mehr Menschen, vor allem auch Kinder und Jugendliche leiden unter psychischen Erkrankungen. Wir brauchen deshalb nicht nur eine gute Akutversorgung und einen Krisendienst, sondern auch präventive und nachsorgende Strukturen. Um hier für Verbesserungen zu sorgen, brauchen wir jedoch kein weiteres Gesetz, wir müssen das bestehende System verbessern. Es kann nicht sein, dass Patienten erst nach Wochen oder Monaten



die erste Behandlung oder die erste Psychotherapie erhalten. Es braucht mehr niedrigschwellige Angebote. Das ist nicht nur gut für Betroffene, sondern für das ganze System. So kann frühzeitig geholfen werden, um chronische Erkrankungen zu vermeiden. Wir brauchen Rahmenvorgaben für Prävention, Früherkennung, Vernetzung von Versorgungsstrukturen, Vermittlung geeigneter Hilfen wie Genesungsbegleitern sowie Begleitung chronisch Erkrankter sind lange überfällig, um dem Leiden der Betroffenen so wirksam wie möglich zu begegnen. Als SPD setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Versorgung ein. Jeder psychisch Erkrankte sollte die Hilfe bekommen, die er benötigt.“

LANDESREGIERUNG IGNORIERT ARMUT

In der Debatte über den Antrag „Hessen gibt Antworten auf soziale Herausforderungen“ von CDU und Grünen, sagte die sozialpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Lisa Gnadl: „Der Landesozialbericht zeigt auf, dass die Armutsquote in Hessen über dem Bundesdurchschnitt liegt und zugenommen hat. Jedes vierte Kind ist von Armut bedroht. Hier hilft kein Selbstlob, wie es sich CDU und Grüne zuschreiben, sondern nur Handeln.“ Die SPD-Fraktion habe einen Plan gegen Armut: „Wir wollen ein Vergabe- und Tariftreuegesetz einführen, Investitionen in sozialen und bezahlbaren Wohnraum tätigen, kostenfreie Bildung, ausreichend Kita-Plätze, Investitionen in berufliche Bildung, eine sozialgerechte Energiewende und den Ausbau von Ganztagschulen. Und das sind nur wenige Beispiele, mit denen wir die soziale Ungleichheit bekämpft werden“, so Gnadl.



SCHWANGERSCHAFTSBERATUNG



Der Hessische Landtag hat über die Forderung gegen „Gehsteigbelästigungen“ der Abtreibungsgegnerinnen und -gegner vorzugehen debattiert. „Wir können das Selbstbestimmungsrecht nur verwirklichen, wenn das Setting einer Beratung rechtssicher gestaltet wird. Eine protestierende

Gruppe darf von den betroffenen Frauen weder gesehen noch gehört werden. Gehsteigbelästigung erschwert die Versorgungssicherung“, erklärte die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nadine Gersberg. Durch die Belästigung würden Frauen in ihrer Entscheidung abgewertet und in ihrer Psyche verletzt. In Hessen sei die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in Gefahr. Es bräuchte einen runden Tisch mit allen relevanten Akteuren, um abzuschätzen, was benötigt werde, um das Angebot aufrechtzuerhalten.

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Isabel Kunkel,
Cord Wilke.

BILDER:

Angelika Aschenbach,
Christof Mattes.